

Antrag D03: Nie wieder! Gewerkschaftliche Demokratiearbeit forcieren, Demokratieförderung und -bildung ausbauen, Menschenrechte verteidigen

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung

1 Gewerkschaften für Demokratie und Menschenrechte

2 Als starke Stimme der Beschäftigten machen sich der DGB und seine
3 Mitgliedsgewerkschaften tagtäglich für Demokratie und Menschenrechte stark. Gute
4 Löhne und Arbeitsbedingungen, gerechte Arbeitszeiten und Mitbestimmung – all das
5 können wir Gewerkschaften nur im Rahmen und dank unserer demokratischen
6 Verfassungsordnung erstreiten. Als Gewerkschaften weichen wir keinen Schritt zurück,
7 wenn es darum geht, diese demokratische Ordnung und das Grundgesetz zu schützen und
8 gegen ihre Feinde zu verteidigen. Deshalb stellen wir uns den Angriffen der extremen
9 Rechten - von parlamentarischen Akteuren wie der AfD bis hin zu
10 außerparlamentarischen Netzwerken und Bewegungen - auf Menschenwürde, Demokratie- und
11 Rechtsstaatsprinzip sowie ihrer gezielten Vergiftung der öffentlichen Debatte mit
12 aller Kraft entgegen. Der von ihr befeuerten Negativspirale antworten wir mit einer
13 positiven Zukunftsvision, die konkrete Perspektiven für eine gerechte Gesellschaft
14 aufzeigt.

15 Aus unserer Geschichte wissen wir, dass eine sozial gerechte Demokratie zugleich hart
16 erkämpfte Errungenschaft unserer gewerkschaftlichen Arbeit und deren unverzichtbare
17 Grundlage ist – sie ist das stärkste Bollwerk gegen Faschismus. Diese Demokratie wird
18 uns nicht geschenkt. Wir erkämpfen sie Tag für Tag gemeinsam mit all den Kolleg*innen
19 aufs Neue, die sich solidarisch für Gute Arbeit, faire Löhne, Tarifbindung,
20 Gleichstellung und die Demokratisierung der Arbeitswelt einsetzen. Faschistische
21 Tendenzen bekämpfen wir auf allen Ebenen im Betrieb und in der Dienststelle, im
22 Verein und auf der Straße.

23 Wir stellen uns dabei aktiv unserer historischen Verantwortung. Als die erste
24 deutsche Demokratie 1933 zugrunde ging und das dunkelste Kapitel der Menschheit
25 begann, war die Gewerkschaftsbewegung in ihrer Spaltung paralysiert. Als das
26 europäische Judentum ausgelöscht werden sollte, hatten wir dem Antisemitismus nichts
27 entgegenzusetzen. Ebenso wenig dem Hass und der tödlichen Gewalt gegen all jene, die
28 im Weltbild der Nationalsozialisten keinen Platz hatten. „Nie wieder!“ ist deshalb
29 für uns kein leeres Bekenntnis, sondern eine feste Überzeugung, ein Handlungsauftrag
30 in unsere eigenen Reihen und in die Gesellschaft und eine Verpflichtung für unsere
31 tägliche Arbeit. „Morgen werde ich gehängt - schafft die Einheit“ mahnte uns Wilhelm
32 Leuschner. In diesem Vermächtnis verstehen wir die Einheitsgewerkschaft – als
33 parteipolitisch unabhängige, aber wertgebundene Organisation - und das
34 Industrieverbandsprinzip auch als Garant für unseren Kampf für Demokratie, den Schutz
35 jüdischen Lebens, gegen Rassismus und jede Form von Diskriminierung.

36 „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ist für uns als Gewerkschaften mehr als eine

37 Forderung: Es ist ein Versprechen der Solidarität und des gemeinsamen Kampfes für ein
38 gutes Leben. Wir lassen uns nicht spalten und vertreten offensiv die gemeinsamen
39 Interessen der Beschäftigten, unabhängig von Herkunft oder Einwanderungsgeschichte,
40 Geschlecht, Alter, Behinderung, Religion oder Weltanschauung, sexueller Orientierung
41 und geschlechtlicher Identität.

42 Unsere Vielfalt ist unsere Stärke. Mit seinen Mitgliedsgewerkschaften ist der DGB die
43 größte politische Organisation von eingewanderten Menschen in Deutschland,
44 migrantische Kolleg*innen sind die am stärksten wachsende Mitgliedergruppe. Dies
45 verpflichtet uns zusätzlich.

46 Als DGB verteidigen wir Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und menschenrechtliche
47 Standards. Die Aufnahme von Geflüchteten und das Asylrecht sind für uns kein
48 humanitärer Luxus, sondern eine völkerrechtlich bindende Verpflichtung, die sich
49 unmittelbar aus dem Gebot der Achtung der Menschenwürde ableitet und für uns auch aus
50 unserer Geschichte erwächst.

51 Als DGB sind wir zentrale Anlaufstelle für alle, die sich dem weiteren Aufstieg der
52 extremen Rechten entgegenstellen wollen. Wir sind verlässlicher Partner vor Ort, in
53 den Kommunen und in Bündnissen. Wir unterstützen unsere Mitgliedsgewerkschaften beim
54 Kampf für Demokratie und Beschäftigteninteressen überall dort, wo sie aktiv sind.
55 Gemeinsam entwickeln wir das, was der extremen Rechten fehlt: eine positive
56 Zukunftsvorstellung für alle Menschen, die in diesem Land leben und arbeiten. Eine
57 Zukunft ohne Angst vor Armut und Abstieg. Gute Arbeit und gute Löhne sind ein
58 Schlüssel für diese Zukunft und wir halten diesen Schlüssel fest in unseren Händen.

59

60 **Gewerkschaftliche Demokratiewerkarbeit stärken**

61 Demokratie ist keine leere Hülle. Sie muss im Alltag gelebt und weiterentwickelt
62 werden, erlebbar sein und das Leben der Menschen verbessern. Arbeit ist ein zentraler
63 Bestandteil des Lebens und nimmt einen erheblichen Teil unserer Lebenszeit in
64 Anspruch. Deshalb darf die Demokratie nicht am Werkstor enden. Die Demokratisierung
65 von Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem die Stärkung der Mitbestimmung und
66 Tarifbindung, sind für uns tragende Elemente der Demokratiewerkarbeit.

67 Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist ein zentraler Ort demokratischer
68 Auseinandersetzung und politischer Bildung. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften
69 werden ihre gewerkschaftlichen Bildungsstätten konsequent als Ort der
70 Demokratieförderung stärken.

71 Auf betrieblicher Ebene werden wir mit unserer gewerkschaftlichen Demokratiewerkarbeit
72 unsere aktiven Kolleg*innen vor allem in den Bereichen Prävention, Bildung und
73 Sicherheit stärken. Wir werden unsere eigenen Demokratiebildungsprojekte
74 flächendeckend ausbauen und dort einen besonders starken Fokus auf aufsuchende
75 Angebote legen, wo staatliche Programme wegfallen. Zielgruppen sind unterschiedliche
76 Gruppen von Beschäftigten: Erwachsene, junge Beschäftigte, Dual-Studierende und
77 Auszubildende. Darüber hinaus richten wir unsere Bildungsarbeit auch an
78 Migrant*innen, Erwerbslose und andere benachteiligte Gruppen, um ihnen konkrete
79 Möglichkeiten zur Partizipation zu eröffnen. Ziel ist die Stärkung von Aktiven unter

80 den Beschäftigten.

81 Unsere gewerkschaftlichen Bildungsangebote – das DGB-Bildungswerk, die Einrichtungen
82 von Arbeit und Leben, die Jugendbildungsarbeit, die Qualifizierungsangebote für
83 Betriebs- und Personalräte, ebenso wie die Bildungsarbeit der Mitgliedsgewerkschaften
84 – sind dabei unverzichtbar. Sie vermitteln Wissen über Mitbestimmung und
85 Arbeitsrecht, schaffen Räume für solidarisches Lernen und stärken demokratische
86 Kompetenzen auf allen Ebenen. Diese Arbeit muss dauerhaft weiterentwickelt,
87 abgesichert und sichtbarer gemacht werden.

88 Auch im digitalen Raum werden wir unsere Demokratiearbeit gezielt ausweiten. Der DGB
89 wird digitale Bildungsformate, Online-Beratungsangebote und interaktive
90 Beteiligungsplattformen weiterentwickeln, um mehr Beschäftigte ortsunabhängig zu
91 erreichen und demokratisches Engagement auch online erlebbar zu machen. So schaffen
92 wir niedrigschwellige Zugänge zu politischer Bildung, stärken die digitale
93 Zivilcourage und setzen ein klares Zeichen gegen Hass, Desinformation und rechte
94 Propaganda im Netz. Digitale Räume dürfen kein rechtsfreier Raum sein, auch hier
95 gilt: Demokratie braucht Präsenz, Haltung und Handlungsfähigkeit.

96 Mit dem „Projekttag Demokratie und Mitbestimmung“ (PDM), der im Rahmen der
97 Berufsschultour der DGB-Jugend bundesweit durchgeführt wird, klären wir Auszubildende
98 über ihre Rechte und die Rolle von Gewerkschaften auf. Wir machen Demokratie für
99 junge Menschen erfahrbar und zeigen, dass Hass und Hetze bei uns keinen Platz haben.
100 Gerade für Auszubildende, die bisher keinen Kontakt zu Gewerkschaften hatten, machen
101 wir Gewerkschaften so erlebbar und zeigen, wie Demokratie in Betrieb und Dienststelle
102 konkret werden kann – durch Betriebs- oder Personalrat, JAV und
103 Gewerkschaftsmitgliedschaft. Das PDM-Konzept wird in Abstimmung mit den
104 Mitgliedsgewerkschaften und anhand der Erfahrungen aus den Projekttagen stetig
105 weiterentwickelt und somit auf die Lebensrealität von Auszubildenden angepasst.

106 Das Projekt VAU (Vernetzung, Austausch, Unterstützung) zur gewerkschaftlichen Bildung
107 gegen rechte Einflussnahmen in der Arbeitswelt werden wir gemeinsam mit dem DGB-
108 Bildungswerk sichern und verstetigen. Zudem werden wir bundesweit flächendeckende
109 Vernetzungsstrukturen schaffen, die konzentriert und fokussiert Aktionsstrategien
110 umsetzen.

111 Unsere eigene Demokratiearbeit im DGB werden wir nicht nur fortsetzen, sondern
112 kraftvoll ausbauen. Wir machen sie zu einer dauerhaften, sichtbaren und
113 schlagkräftigen Antwort auf rechtsextreme Hetze und die durch sie geschürten
114 Ressentiments und Ängste im Land – unter den Beschäftigten und in der gesamten
115 Gesellschaft. Dafür braucht es mehr als punktuelle Initiativen: Wir schaffen unter
116 dem Dach des DGB in enger Kooperation zwischen Bundesebene, Bezirken, Regionen und
117 Mitgliedsgewerkschaften langfristige Strukturen, bündeln unsere Kräfte und entwickeln
118 Formate, die demokratisches Engagement überall dort fördern, wo es gebraucht wird.
119 Hierzu gehören Information und Analyse, Schulung und Beratung von Haupt- und
120 Ehrenamtlichen sowie die Stärkung des Kumpelvereins Gelbe Hand. Darüber hinaus
121 brauchen wir Begegnungs- und Debattenräume, in denen gestritten und ein Verständnis
122 für unterschiedliche Positionen erlangt wird. Wir lassen unsere Aktiven nicht im
123 Stich, sondern stehen zusammen zu jeder Zeit!

124 Wir planen kontinuierliche und breit angelegte Aktionsformen, die über einen längeren
125 Zeitraum hinweg Menschen mobilisieren, informieren und miteinander verbinden, um so
126 zusätzlich Wirkung zu entfalten und mehr Durchsetzungskraft vor Ort zu erlangen.

127 In einer dauerhaft etablierten, gewerkschaftsübergreifenden Taskforce bündeln wir
128 unsere Kräfte zur Verteidigung der Demokratie. Gestützt auf fortlaufende Analysen
129 entwickeln wir gemeinsame Strategien gegen rechtsextreme Einflussnahme, übersetzen
130 sie in präzise Aktionspläne und koordinieren deren Umsetzung. Dem Einfluss der
131 extremen Rechten – etwa der AfD – begegnen wir, indem wir Gewerkschafter*innen dabei
132 unterstützen, unsere Kernthemen klar, lebensnah und offensiv zu kommunizieren, Ängste
133 und Stolz der Beschäftigten aufzugreifen, Verantwortliche zu benennen und deutlich zu
134 machen: Völkische Spaltung ist keine Antwort auf soziale Fragen. Indem wir die
135 Taskforce als zentrale Drehscheibe nutzen, bündeln wir Ressourcen, stärken die
136 Handlungssicherheit aller Ebenen und verankern eine sichtbare, nachhaltige
137 Demokratiarbeit in der Arbeitswelt. Denn nur informierte, selbstbewusste
138 Beschäftigte kennen und setzen ihre Rechte durch und verteidigen Demokratie im
139 Betrieb und in den Dienststellen.

140

141 **Politik und Arbeitgeber*innen in die Verantwortung nehmen**

142 Angesichts der Angriffe auf die Demokratie sind neben den politisch Verantwortlichen
143 der staatlichen Institutionen auch die Arbeitgeber*innen in der Verantwortung.
144 Lippenbekenntnisse und verbale Appelle kurz vor wichtigen Wahlen reichen dafür bei
145 Weitem nicht aus. Wer Demokratie wirksam und nachhaltig stärken will, muss diejenigen
146 stärken, die sich täglich für Demokratie einsetzen.

147 Wir fordern von den Regierungen in Bund und Ländern eine dauerhafte, auskömmliche und
148 verlässliche Finanzierung von Demokratieprojekten. Zahlreiche von ihnen leisten seit
149 vielen Jahren wertvolle Arbeit. Die betriebliche Ebene muss in diesen staatlichen
150 Förderprogrammen eine wichtige Rolle spielen. Ein Demokratiefördergesetz zur
151 Sicherung dieser Projekte und Initiativen ist längst überfällig.

152 Demokratiebildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, auch für Erwachsene, an den
153 Schulen und Hochschulen ebenso wie im betrieblichen Kontext, muss ausgebaut werden.
154 In Fragen von Demokratie und Menschenrechten gibt es keine Neutralität. Wir erwarten
155 von der Politik Respekt gegenüber der demokratischen Zivilgesellschaft und das Ende
156 jeder Form der Diffamierung und Drohung mit dem Entzug finanzieller Mittel.

157 Wir fordern von den demokratischen Parteien, sich nicht an der Diskursverschiebung
158 nach rechts zu beteiligen. Die große Öffentlichkeit, die die extreme Rechte in den
159 vergangenen Jahren erreichen konnte, ist auch eine Konsequenz der Unfähigkeit oder
160 des Unwillens eines Großteils der demokratischen Parteien, der rechten Stimmungsmache
161 gegen Migrant*innen, queere Menschen, Frauen, Leistungsbezieher*innen, linke
162 Aktivist*innen eigene Themen entgegenzusetzen. Oder schlimmer noch: Sie ist das
163 Ergebnis der Bereitschaft, bei dieser Stimmungsmache sogar mitzumachen.

164 Wir fordern Demokratiezeiten auf betrieblicher Ebene, erweiterte Formen der
165 Mitbestimmung und eine Stärkung der Sozialpartnerschaft und einer Sozialen
166 Marktwirtschaft, die ihren Namen auch verdient. Der „Klassenkampf von oben“, sichtbar

167 in Angriffen auf den Sozialstaat, dem Rückzug aus Tarifbindung und Mitbestimmung und
168 der Aushöhlung der Sozialpartnerschaft, richtet sich gegen die Grundlagen unserer
169 Demokratie. Er bereitet den Boden für rechte Hetze und spaltet unsere Gesellschaft.

170 Wir betonen gegenüber der Politik das allgemeinpolitische Mandat der Gewerkschaften.
171 Wir werden uns einmischen für eine Politik im Sinne der Beschäftigten, und zwar auch
172 über die betriebliche Ebene hinaus. Soziale Demokratie und auskömmliche Finanzierung
173 der sozialen Daseinsvorsorge, der Zugang zu bezahlbarem Wohnen und guter Bildung für
174 alle sind zentrale Punkte im Kampf für die Stärkung der Demokratie.

175 Neben dem Recht auf Kritik gehört auch grundsätzliches Vertrauen in den Staat und
176 seine Institutionen zu den Voraussetzungen für eine gefestigte Demokratie. Mangelnde
177 Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und Verwaltung bedrohen jedoch das
178 Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates. Umgekehrt gilt, dass
179 Menschen, die dem Staat zutrauen, Zukunftsfragen bewältigen zu können, Menschen sind,
180 die der Demokratie vertrauen. Wer unsere Demokratie schützen will, muss unseren Staat
181 und damit ihr Fundament stärken.

182

183 **Rolle der Gewerkschaften als aktiver Teil einer starken, demokratischen** 184 **Zivilgesellschaft weiterentwickeln**

185 Wir stehen in unserem Kampf für Demokratie und Menschenrechte nicht allein, sondern
186 üben den engen Schulterschluss mit der demokratischen Zivilgesellschaft. Gemeinsam
187 stellen wir uns der historischen Verantwortung, den Vormarsch der extremen Rechten zu
188 stoppen und jede direkte wie indirekte Regierungsbeteiligung der AfD zu verhindern.
189 Wir schließen die Reihen, gewinnen Mehrheiten, verteidigen Streik-, Presse- und
190 Versammlungsfreiheit und einen zukunftsfesten, unabhängigen und demokratisch
191 kontrollierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir handeln entschlossen, solidarisch
192 und wirksam – und wir werden die Demokratie vor jedem Versuch einer Machtübernahme
193 durch diejenigen schützen, die sie abschaffen wollen.

194 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind unverzichtbarer Stützpfiler
195 antifaschistischen Engagements, bundesweit und vor Ort.

196 Ob auf oder jenseits der Straße - wir werden weiter verlässlicher Partner beim
197 Engagement gegen die extreme Rechte sein. Wir werden gemeinsam Angriffe auf
198 Einzelpersonen, Organisationen und Initiativen abwehren, gegen die von der
199 politischen Rechten eine Kultur des Misstrauens befeuert wird. Wir stellen uns
200 Angriffen gegen Gewerkschaftskolleg*innen, gewählte Amtsträger*innen, Beschäftigte in
201 Justiz, Bildung und Verwaltung oder Medienschaffende entgegen. Wir wenden uns gegen
202 Versuche, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu beschneiden. Ebenso stellen wir uns
203 der zunehmenden Ausbreitung rechter Hetze und politischer Einflussnahme, auch auf
204 Wahlen, im digitalen Raum entgegen. Gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften und
205 Bündnispartnern setzen wir dem eigene Antworten entgegen. Wir verurteilen die
206 Menschenfeindlichkeit, die im offen zur Schau gestellten Hass auf Minderheiten bei
207 rechten Demos gegen CSDs deutlich wird, und die davon ausgehende Bedrohung und
208 Einschüchterung queerer Menschen. Als DGB zeigen wir auf vielen CSDs Flagge und
209 stellen uns den rechten Angriffen aktiv entgegen.

210 Bei all dem wirkt unser in seiner Breite einzigartiges bundesweites Bündnis „Zusammen
211 für Demokratie“ als Herzstück dieser Zusammenarbeit: Es vernetzt bundesweite Akteure
212 mit lokalen Initiativen, bündelt Ressourcen und übersetzt gemeinsame Strategien in
213 konkrete Aktionen – von schnellen Hilfen für Bedrohte bis zu Kampagnen für
214 demokratische Werte. Indem wir das Bündnis entschlossen weiterentwickeln und seine
215 Rolle als handlungsstarker Akteur festigen, erhöhen wir dauerhaft die Schlagkraft der
216 gesamten Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus und stärken eine solidarische,
217 demokratische Arbeits- und Lebenswelt.

218

219 **Klare Haltung gegen die Feinde der Demokratie einnehmen**

220 „Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind mit Mitgliedschaft in freien Gewerkschaften
221 unvereinbar“, so die Formulierung eines OBK-Beschlusses aus dem Jahr 2022. Dieser
222 Satz gilt auch heute und hat konkrete Konsequenzen. Wer als Mandatsträger oder
223 Parteifunktionär für rechtsextreme Parteien wie die AfD tätig ist und sich in der
224 Öffentlichkeit für sie einsetzt, steht offen gegen unsere gewerkschaftlichen Werte
225 und hat in unseren Organisationen nichts zu suchen.

226 Die Politik der AfD richtet sich gegen zentrale Inhalte der demokratischen Verfassung
227 und vertritt Positionen, die unseren gewerkschaftlichen Werten diametral
228 entgegenstehen. Die Politik der AfD ist rassistisch, menschenverachtend,
229 antifeministisch, demokratie- und gewerkschaftsfeindlich. Aus diesen Gründen sehen
230 der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in der Partei AfD einen politischen Gegner.
231 Als Gewerkschaften bekämpfen wir den weiteren Aufstieg einer autoritären extremen
232 Rechten auf allen Ebenen und begründen das für unsere Mitglieder und die
233 Öffentlichkeit. Denn wir werden uns niemals, ob in Betrieben und Dienststellen, in
234 politischen Gremien und Ausschüssen oder auf der Straße, mit einer Politik abfinden,
235 die demokratische Grundlagen sowie die Menschenwürde zahlreicher Kolleg*innen in
236 Frage stellt.

237 Von den zuständigen Behörden in Bund und zahlreichen Bundesländern wird die AfD als
238 „gesichert rechtsextrem“ eingestuft. Ob die Voraussetzungen für ein nach dem
239 Grundgesetz mögliches Verbotsverfahren gegeben sind, wird gegenwärtig unterschiedlich
240 bewertet.

241 Der DGB fordert die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag sowie den Bundesrat auf,
242 die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für ein Parteiverbotsverfahren gegen die
243 Alternative für Deutschland (AfD) umfassend zu prüfen und die für diese Prüfung
244 erforderlichen tatsächlichen und rechtlichen Grundlagen zu gewährleisten sowie – bei
245 Vorliegen der Voraussetzungen – gemäß Artikel 21 Absatz 2 Grundgesetz beim
246 Bundesverfassungsgericht einen entsprechenden Antrag zu stellen.

247 **Antifeminismus benennen, Gegenstrategien entwickeln, Gleichstellungsstrukturen 248 stärken**

249 Eine tragende Säule rechtsextremer und autoritärer Bewegungen ist der Antifeminismus.
250 Er richtet sich gegen die Forderungen und Vorhaben zur Verwirklichung der
251 tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und zielt auf den Abbau der Rechte von
252 Frauen. Gewerkschaften stellen sich dieser Ideologie entgegen, denn Frauenrechte sind

253 Menschenrechte und als solche unantastbar. Darüber hinaus ist für uns klar: Ohne die
254 Gleichstellung der Geschlechter ist die Demokratie nicht machbar.

255 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern daher politische
256 Entscheidungsträger*innen auf allen Ebenen auf,

257 • Antifeminismus als Merkmal rechtsextremer und autoritärer Denkmuster
258 anzuerkennen und sich dem Abbau der Rechte von Frauen und queeren Menschen
259 entschlossen entgegenzustellen;

260 • Strukturen zur Verwirklichung der Gleichstellung nicht als bürokratisches
261 Hemmnis zu diffamieren, sondern auf allen Verwaltungsebenen auszubauen und
262 institutionell zu verankern (u.a. Gleichstellungsbeauftragte, Gleichstellungs-
263 Check, Gleichstellungsstrategie).

264 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stellen sich dem wachsenden Antifeminismus
265 mit dem gewerkschaftlichen Leitbild der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen
266 und Männern und der gleichberechtigten Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit
267 entgegen und stehen zu ihrer Verantwortung, gewerkschaftlich Aktive vor
268 antifeministischen Angriffen zu schützen und sich antifeministischen Hetzkampagnen
269 entschieden entgegenzustellen.

270

271 **Menschenrechtliche Standards und völkerrechtliche Verpflichtungen einhalten**

272 Die Einhaltung des humanitären Asylrechts ist für uns kein Luxus, sondern eine
273 völkerrechtlich bindende Verpflichtung. Das gilt für die nationalstaatliche Ebene
274 genauso wie für die EU. Die Absenkung rechtlicher Standards für Geflüchtete, die
275 Missachtung rechtlicher Verpflichtungen gegenüber Asylbewerber*innen und eine
276 Politik, die vor allem auf Aus- und Abgrenzung von Geflüchteten zielt, stoßen auf
277 unseren entschlossenen Widerstand – und sind trotz der gegenteiligen Behauptung ihrer
278 Befürworter*innen auch keineswegs im Interesse Deutschlands.

279 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sehen mit sehr großer Sorge, dass sich die
280 Asyl- und Einwanderungsdebatte zusehends radikalisiert und einseitig auf kurzfristige
281 Abschottungsmaßnahmen und die finanziellen Kosten verkürzt wird. Dadurch droht der
282 humanitäre Kern des Asylrechts endgültig verloren zu gehen und es trägt auch
283 wesentlich zum Anstieg rassistischer Anfeindungen und Angriffen auf Flüchtlingsheime
284 bei. Gleichzeitig steigt die Bedrohungslage und Verunsicherung von Kolleg*innen mit
285 Migrationsgeschichte. Wir erwarten von allen politisch Verantwortlichen, den
286 eskalierenden Überbietungswettbewerb um die drastischsten Abschottungsmaßnahmen
287 unverzüglich zu beenden.

288 Als DGB wissen wir: Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind seit Jahrzehnten
289 tragende Säulen unserer Arbeitswelt und unserer Gewerkschaften. Die sogenannten
290 Gastarbeiter*innen haben nicht nur zum wirtschaftlichen Aufbau beigetragen, sondern
291 auch unsere gewerkschaftliche Bewegung geprägt. Heute zählen wir rund eine Million
292 Mitglieder mit Migrationsgeschichte – sie sind zentraler Teil der arbeitenden
293 Bevölkerung. Umso entschiedener wenden wir uns gegen rassistische, ausgrenzende und
294 entwürdigende Debatten, die diese Menschen seit Jahren ertragen müssen.

295 Das europäische Asylsystem hat in den letzten Jahren immer weniger funktioniert.
296 Kriegerische Auseinandersetzungen strahlen stärker als früher nach Europa aus und die
297 Verpflichtung Geflüchtete aufzunehmen wird drängender. Aber auch die EU-Freizügigkeit
298 und die offenen Binnengrenzen stehen im Zuge der eingeführten Abschottungspolitik
299 zunehmend unter Druck.

300 Um internationale Schutzverpflichtungen aufrechtzuerhalten und nachzukommen, fordern
301 der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften insbesondere:

- 302 • ein an völkerrechtlichen Verpflichtungen und humanitären Grundsätzen
303 orientiertes Asylantragsverfahren zu gewährleisten. Eine Mitgliedschaft in der
304 EU muss auch an die Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für
305 Schutzsuchende gekoppelt sein.
- 306 • die Handelsbeziehungen der EU so zu gestalten, dass sich ökonomische
307 Ungleichgewichte und damit Gründe zur Migration nicht noch weiter verfestigen;
- 308 • eine menschenwürdige Unterbringung von Schutzsuchenden über EU-weite Vorgaben zu
309 gewährleisten;
- 310 • EU-Solidaritätsmechanismen bei der Verteilung der Geflüchteten nicht zugunsten
311 nationaler Alleingänge zu suspendieren.

312 Eine Politik, die starr zwischen guter und schlechter Zuwanderung, Fachkräften und
313 Geflüchteten unterscheidet, ist weder realitätstauglich noch zukunftsfähig. Es kommt
314 vielmehr darauf an, Zu- und Übergänge in Arbeit zu erleichtern und das Prinzip
315 gleicher Rechte (wie das für alle geltende Wahlrecht bei den BR-Wahlen) auszudehnen,
316 um Integration zu ermöglichen.

317 Als DGB erwarten wir von der Politik eine Ausgestaltung der Asylgesetzgebung, die es
318 Asylsuchenden und Geduldeten erlaubt, zügig berufliche Qualifikation zu erwerben oder
319 diese anerkennen zu lassen und Arbeit aufnehmen zu können. Das Arbeitsverbot muss,
320 wie im Koalitionsvertrag aufgeführt, aufgehoben werden. Die Residenzpflicht versperrt
321 Geflüchteten den Weg in den Arbeitsmarkt. Daher sollte sie nach einer kurzen Frist
322 abgeschafft werden. Sammelunterkünfte verursachen hohe Kosten, überfordern kleinere
323 Kommunen und sind ein Hemmschuh für eine Beschäftigungsaufnahme. Eine dezentrale
324 Unterbringung ist daher immer die bessere Lösung. Restriktive Bezahlkartensysteme
325 diskriminieren die Nutzenden und schränken ihre Möglichkeiten ein, günstig den
326 Lebensunterhalt zu bestreiten.

327 All diese Maßnahmen stehen einer gewünschten Integration entgegen und sollten
328 abgeschafft werden. Integration gelingt dann, wenn Menschen Zugang zu Arbeit haben,
329 sich in ihrem familiären Umfeld bewegen und aktiv ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen
330 mitgestalten können. Auch Einschränkungen oder gar Aussetzungen des Familiennachzugs
331 sind deshalb in der Regel kontraproduktiv und verstoßen gegen basale humanitäre
332 Standards.

333 Als DGB lehnen wir es ab, dass geflüchtete Kolleg*innen in Arbeit, Auszubildende mit
334 Fluchtgeschichte oder Schüler*innen aus Familien mit einer Duldung aus der
335 Ausbildungsstätte oder der Schule abgeschoben werden. Statt diese Praxis
336 fortzusetzen, müssen praktikable Lösungen für den Wechsel vom Asyl- ins
337 Aufenthaltsrecht („Spurwechsel“) geschaffen werden.

338 Der DGB drängt überdies darauf, dass frauenspezifische sowie mit der sexuellen
339 Orientierung bzw. Geschlechtsidentität in Zusammenhang stehende Fluchtgründe bei der
340 Prüfung des Schutzgesuches gesondert berücksichtigt werden. In der Integrationsphase
341 sollte daran angeknüpft werden – unter anderem, indem frauenspezifische
342 Unterstützungsleistungen zur Verfügung gestellt werden, um Frauen den
343 gleichberechtigten Zugang zu Spracherwerb, Integration, Ausbildung und Beschäftigung
344 zu ermöglichen.